

verbessern?“ war die Leitfrage, der sich Bewerber innerhalb der Kategorie „Qualität“ stellen mussten. Gefragt waren Lösungskonzepte von Einrichtungen der Weiterbildung, die auf veränderte Finanzierungsbedingungen und den äußerst wirtschaftlichen Umgang mit Geldmitteln reagieren müssen und unter dieser Bedingung die Qualität des Bildungsangebots erhalten oder sogar verbessern können. Ausgezeichnet werden sollte ein Organisations- bzw. Personalentwicklungskonzept, das gleichermaßen an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und der Angebotsqualität ausgerichtet ist.

Dienstleistung, neue Marken, neue Qualität – auf diese Pfeilern präsentierte die VHS Braunschweig ihr neues Unternehmenskonzept und überzeugte damit die Jury. Die VHS wurde als Dienstleistungsbetrieb für Bildung, Qualifizierung und Kultur mit in sich abgegrenzten Geschäftsfeldern zu eigenständigen Betriebsteilen und Profitcentern ausgebaut. Klar identifizierbare Produktgruppen und ein eigenes Qualitäts- und Markenmanagement waren wesentlicher Bestandteil dieser Neuentwicklung. Zu den verschiedenen Geschäftsbereichen gehören z. B. die VHS „Arbeit und Beruf GmbH“ mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, Qualifizierung und Vermittlung, die „vhs consult“, die neue Modelle zur Beratung, Existenzgründung und Qualifizierung anbietet, die Akademie „Alte Waage“ mit einem exklusiven Programm für Fach- und Führungskräfte oder die „vhs international“, die als Ort der Begegnung und des interkulturellen Lernens ein hochqualifiziertes Programm zum

Sprachenlernen, zur Studienvorbereitung und zum internationalen Wissensmanagement anbietet.

Die VHS Braunschweig GmbH reagierte damit auf die differenzierten Lerninteressen und Erlebnisbedürfnisse einer heterogenen Kundschaft. Schwerpunkt der Organisationsentwicklung war, mit Hilfe klar konturierter Profile ein neues differenziertes Markenbewusstsein zu schaffen und entsprechende Kundenbindungen zu ermöglichen.

Der Erfolg hat nicht auf sich warten lassen, denn die neuen Marken der VHS Braunschweig GmbH erweisen sich als wettbewerbsfähig und haben ein offensichtlich stimmiges Preis-Leistungsverhältnis. Trotz der Krise im Weiterbildungsmarkt konnte die neue VHS-Gruppe Braunschweig ein strukturelles Defizit zügig abbauen und in den letzten beiden Jahren ein wachsendes Umsatzvolumen verzeichnen.

Kontakt: H.-Peter Lorenzen, Volkshochschule Braunschweig GmbH, Alte Waage 15, 38100 Braunschweig, Tel 0531-24 12 209, Fax -215, info@vhs-braunschweig.de, www.vhs-braunschweig.de

Die Laudationes der Jury und weitere Informationen über den Preis stehen auf www.die-bonn.de/portrait/innovationspreis/ zur Verfügung. Eine Dokumentation über die Preisverleihung 2005 ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich im Frühjahr 2006 erscheinen. Der nächste „Preis für Innovation in der Erwachsenenbildung“ wird im Jahr 2007 vergeben. Der Ausschreibungsstart ist für das 2. Halbjahr 2006 geplant.

Petra Herre: FamilienBildung – quo vadis?

Zur Einführung

„FamilienBildung – quo vadis?“ fragte das ExpertInnengespräch der DEAE, das am 17./18. Oktober 2005 in Frankfurt stattfand. Für die gut besuchte Tagung konnten ExpertInnen aus Wissenschaft und Forschung, aus Politik und Bildungspraxis gewonnen werden.

Die Tagung ist ein Ertrag der Arbeit der Kommission für Familienbezogene Bildung der DEAE. Diese hatte sich unter der Fragestellung „Familienbildung für die Zukunft – Zukunft der Familienbildung“ mit den Herausforderungen und Entwicklungen auseinander gesetzt, denen sich der Arbeitsbereich angesichts der Veränderungen der Famili-

enformen, des Lebensumfeldes von Familien sowie der gesellschaftlichen Veränderungen gegenübersteht.

Dabei sind verschiedene Entwicklungen zu beobachten, die z. T. gegenläufig sind und in unterschiedliche Strategien münden. Die gesellschaftlichen und politischen Ansprüche an Bildungsarbeit sind hoch. Gesellschaftliche Umbrüche, Veränderungen und Problemlagen, die Männer, Frauen und Kinder betreffen, rufen nach individualisierten Lernanlässen und pädagogischer Bearbeitung. Zugleich erodiert die Finanzierungsbasis von Bildungseinrichtungen auf Grund der Krise der öffentlichen und kirchlichen Haushalte.

Die demographische Entwicklung, neue wissenschaftliche Erkenntnisse, vor allem aus den Bereichen der Neu-

rosience und der Frühpädagogik, Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystem, aktuelle bildungspolitische Positionierungen und Neuausrichtungen haben weit reichende Konsequenzen für die Einrichtungslandschaft und deren Bildungskonzepte. Neue Entwicklungen stellen bislang unbefragte Ansätze und vorhandene Institutionalformen auf den Prüfstand. Veränderungen betreffen Trägerstruktur und Arbeitsformen, Finanzierungen, Leistungsportfolios, die Praxis von Kooperation und Vernetzung.

Zielstellungen der Kommissionsarbeit sind, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Diskussion zu stellen, kollegialen Austausch zu ermöglichen, Gesprächspartner aus dem evangelischen Raum zu aktivieren, Kooperationsansätze zu fördern, für Veränderungsnotwendigkeiten zu sensibilisieren und Wege dazu aufzeigen.

In diesem Kontext stand die Tagung „Familienbildung – quo vadis?“. Sie zielte auf eine Auseinandersetzung mit den neuen Anforderungen und Gestaltungsaufgaben des Arbeitsfeldes Familienbildung im Rahmen der institutionalisierten Familienbildung und im Bereich der Erwachsenenbildung, die in großem Umfang familienbezogene Angebote macht.

Dieses Ziel wurde in folgenden Denkschritten verfolgt:

Die Tagung nahm die veränderte Situation von Familien vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche in den Blick. Daraus wurden Anfragen an die Praxis der Familienbildung formuliert und Forschungsfragen zur Wirksamkeit von Familienbildung und zur Bedeutung von Familie als einem Bildungsort gestellt. Das leistete der Vortrag von *Karin Jurczyk, Deutsches Jugendinstitut*.

Die Diskussion um neue Anforderungen an Familienbildung, die Folgerungen für das Aufgabenverständnis, für Angebote und für die Strukturen, in denen Familienbildung arbeitet, nimmt auch der Beitrag von *Wolfgang Hötzel, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz* auf.

In einem nächsten Schritt wurden die Strategien und Handlungsansätze beleuchtet, die den Anspruch erheben, den veränderten Realitäten gerecht zu werden.

Vorgestellt und diskutiert wurden verschiedene Modelle und Projekte:

Das Projekt „Innovation in der Familienbildung“ aus Nordrhein-Westfalen, ein einrichtungsübergreifender Dialog der verschiedenen Träger der Familienbildung mit

dem Ziel, einen Beitrag zur Modernisierung der Familienbildung zu leisten, stellte *Dr. Gudrun Richter-Witzgall, Sozialforschungsstelle Dortmund* vor.

Das Konzept der Eltern-Kind-Zentren als innovativer institutioneller Ansatz, das breite politische Unterstützung erfährt und gute Umsetzungschancen hat, präsentierte *Angelika Diller, Deutsches Jugendinstitut*.

Exemplarische Projekte innovativer Praxis aus dem Arbeitsbereich der evangelischen Bildungs- und Gemeindearbeit, die neue Kooperationen mit Schule und Kindertageseinrichtungen und das Instrument der Lokalen Bündnisse für Familie erproben, trugen *Doris Sandbrink, Evangelische Erwachsenenbildungswerk Nordrhein, Jutta Müller-Koelbl, Mitarbeiterin des Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Bremen* und *Jens-Uwe Bratkus-Fünderich, Pfarrer der Kirchengemeinde Repelen* vor.

Welche Möglichkeiten im Blick auf die Förderung von Familien und Kindern und die Gestaltung einer familienfreundlichen Lebensumwelt die Politik hat, zeigte der Vortrag von *Wolfgang Hötzel, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz*.

Abschließend wurden die Konsequenzen aus den Beiträgen diskutiert.

Familie neu denken

In ihrem einleitenden Vortrag beschrieb *Dr. Karin Jurczyk*, Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik beim Deutschen Jugendinstitut und ständiger Gast in der Kommission zur Erstellung des 7. Familienberichtes, wie sich Familie heute darstellt und formulierte Anforderungen an die Familienbildung.

Ihre Kernaussage war: „Familie muss neu gedacht werden“. Sie grenzte sich ab von einem Diskurs, der vor allem orientiert an Idealbildern, Familie in der Krise sieht. Sie konstatierte: Familie schrumpft einerseits, andererseits erweitert sie sich, und belegte das mit diesen Fakten: Die Einpersonenhaushalte nehmen zu, die Familienhaushalte mit Kindern nehmen ab: auf 53% gegenüber 69% im Jahr 1972. Die Kinderzahlen sind seit 1960 um ein Drittel gesunken, ebenso wie die Geburtenzahlen (bezogen auf 1950).

Und „Familie wird variantenreicher“. Die „Normalfamilie“ von Vater, Mutter, Kindern, so Jurczyk, ist nicht mehr die einzige Form des Zusammenlebens. Das zeigten neue Familienformen, Patchworkfamilien, „Bohnenstangenfamili-

lien“ (auf Grund der längeren Lebenserwartung), haushaltsübergreifende Familien, Migrantenfamilien. Weiterhin gebe es deutliche Veränderungen im Blick auf das „Innenleben von Familien“: Aushandlungsprozesse statt Orientierung an feste und vorgegebenen Normen bestimmten die innerfamiliäre Kommunikation, Kinder partizipierten an den Entscheidungsprozessen, für das Verhältnis der Geschlechter sei der Anspruch von Partnerschaftlichkeit maßgeblich. „Ambivalente Chancen für Familie“ zwischen Solidarität und Konflikten, so bilanzierte Jurczyk die Situation.

Was macht Familie heute aus? Die Referentin plädierte für eine „De-Naturalisierung“ von Familie. Wesentlich für Familie seien nicht mehr „Blutsbande und Ehe“, sondern eine wechselseitige und verbindliche Fürsorge. „Familie ist ein Fürsorgezusammenhang zwischen den Generationen“ und eine „alltägliche und biografische Herstellungsleistung“, ein „haushaltsübergreifendes Netzwerk“ von Personen, die durch soziale Beziehungen miteinander verbunden seien.

Veränderte Lebenssituationen von Familien

Die Lebenssituationen und Bedürfnislagen von Familien werden zunehmend komplexer: Höheren Ansprüchen und Anforderungen stehe ein Weniger an inneren und äußeren Ressourcen gegenüber. Das mache die Situation von Familien prekär. Vor dem Hintergrund von externen Entwicklungen, gesellschaftlichen Umbrüchen, Veränderungen in der Erwerbswelt, dem Armutsrisiko, unzureichenden Unterstützungssystemen und hohem Erfolgsdruck hinsichtlich der Erziehung der Kinder bedürfen Familien der vielfältigen Unterstützung, so Jurczyk.

„Was brauchen Familien?“ Geld, Zeit und eine gute Infrastruktur, lautet die Antwort des im Sommer übergebenen und noch nicht veröffentlichten 7. Familienberichtes.

Zeit ist eine wesentliche Voraussetzung für das gelingende Miteinander und die Gestaltung von Familienkultur. Das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf setze familienfreundliche Zeitmodelle von Unternehmen ebenso voraus wie eine tragfähige soziale Infrastruktur. Dabei sei besonders die Gestaltung des sozialen Nahraums die entscheidende Ressource und eine zentrale Aufgabe.

Diese Fragestellung wurde in der Tagung noch ausführlich in der Auseinandersetzung mit den Konzepten und Modellen der Eltern-Kind-Zentren als ein innovativer Beitrag zur Anpassung der sozialen Infrastruktur an veränderte familiäre Bedarfe diskutiert.

Und „Familien brauchen Bildung“: Sie ermöglicht die notwendige Orientierung in der Auseinandersetzung mit Phänomenen des sozialen Wandels. Und sie leistet einen Beitrag zum Erwerb bzw. zum Ausbau der für das Familienleben notwendigen Kompetenzen. Der Beschluss der Jugendministerkonferenz hatte unter Bezug auf Artikel 6 des Grundgesetzes hervorgehoben, dass Eltern- und Familienbildung als öffentlich geförderter Bildungsbe- reich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Anfragen an die Praxis der Familienbildung

Im zweiten Teil ihres Vortrages setzte sich die Referentin mit dem Arbeitsfeld Familienbildung vertieft auseinander. Sie formulierte Anfragen und Anforderungen. Wer braucht Familienbildung? Jurczyk zitierte die Studie des Bamberger Instituts für Familienforschung. Diese befragte Eltern zur Nutzung von Angeboten. Deren Ergebnisse sind ernüchternd: Bei 35% der Befragten verhindert Zeitmangel eine Teilnahme an Veranstaltungen, 21% interessieren die angebotenen Themen nicht und 37% konnten keinen Bezug zur aktuellen Familiensituation herstellen. Diese Ergebnisse verweisen auf eine unzureichende Öffentlichkeit, sie werfen die Frage nach der Erreichbarkeit und den Orten von Bildung(sangeboten) auf und fordern eine stärker zielgruppenspezifische Ausrichtung von Angeboten.

Jurczyk sah in tradierten Konzepten der Familienbildung einen „Hemmschuh“ für die Nutzung von Angeboten. Sie kritisierte deren Mittelschichtorientierung. Weiterhin gingen die Angebote zu wenig auf die vielfältigen und veränderten Familienkonstellationen ein, arbeiteten defizit- statt ressourcenorientiert, wiesen selten eine zugehende oder Geh-Struktur auf, um „bedürftige“ und bildungsungewohnte Familien zu erreichen. Damit werde Familienbildung ihrem präventiven Auftrag, wie er im KJHG festgeschrieben ist, nicht gerecht.

Die Referentin verwies weiterhin auf die vielgestaltige Anbieterlandschaft in der Familienbildung. Neben den Familienbildungsstätten, die keine Alleinzuständigkeit beanspruchen könnten und auch nur ein „knappes“ Angebot vorhielten – gemessen am Bedarf – gebe es eine Vielzahl anderer Akteure und Einrichtungen, die zielgruppenorientierte Angebote machten. Dies sind Erwachsenenbildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, Vereine, Selbsthilfeeinrichtungen, Kitas, Schulen.

Auf der Basis ihrer Analyse formulierte Jurczyk Anforderungen für eine moderne Familienbildung: Diese müsse bedarfsgerecht und passgenau, vielfältig in Form und Inhalt sein, sich von ihrer Mütterzentrierung lösen und partizipatorisch und ressourcenorientiert arbeiten. Weiterhin forderte sie eine Öffnung für unterschiedliche Schichten und Kulturen ein, besonders für Familien mit Migrationshintergrund.

Und Familienbildung müsse in Zukunft stärker vernetzt arbeiten. Sie müsse einen Quartiersbezug haben. Ein Vorzug seien Angebote aus „einer Hand“, integriert in andere familiennahe Dienste und Hilfen.

Black Box Familie – Forschungsaufgaben

Abschließend verwies Jurczyk darauf, dass Familie und Familienbildung gewissermaßen eine Black Box sei. Gesichertes und fundiertes Wissen gebe es nicht. Offene Fragen seien: Wie kompetent sind Eltern in ihrer Erziehung eigentlich? Wie entstehen Erziehungskompetenzen, wie lassen sie sich ausbauen? Wie wirksam und hilfreich sind dabei Veranstaltungen und Programme? Welche Effekte haben sie auf Eltern und auf Kinder? Wissenschaftlich ebenso ungeklärt sei die Frage nach dem „Funktionieren“ der Familie als Bildungsort. Wie stellen sich Wissenstransfers in der Familie dar? Gibt es Wechselwirkungen mit anderen „eigensinnigen“ Bildungsorten und -formen? Welche Rolle spielt dabei die informelle Bildung? Angesichts der Bedeutung, die die Erklärung der Jugendministerkonferenz 2003 dem Arbeitsfeld Familienbildung zuschreibt, sind damit wichtige Forschungsfragen und -aufgaben für die Zukunft benannt.

Innovationen und Reformen – die Familienbildungsstätten in Nordrhein-Westfalen stellen sich neuen Ansprüchen

Innovations- und Zukunftsorientierung sind Ansprüche, denen sich die Familienbildung im Bundesland Nordrhein-Westfalen stellt. Das ist auch das Verdienst des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung (heute: Landesinstitut für Qualifikation), das hier ein wichtiger Promotor war. Die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes war Anlass für das trägerübergreifende Projekt „Innovationen in der Familienbildung. Projekt zur Qualitätsentwicklung als Beitrag der Familienbildungsstätten zum einrichtungübergreifenden Wirksamkeitsdialog“, mit dem sich die Familienbildung den neuen Ansprüchen an das Arbeitsfeld stellen wollte.

Dieses Projekt und seine Ergebnisse stellte *Dr. Gudrun Richter-Witzgall* vom Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) vor, die es wissenschaftlich begleitet hat. Sie führte in die Ausgangssituation und -bedingungen ein.

Im Bundesland Nordrhein-Westfalen ist die Familienbildung überwiegend ein Angebot der freien Träger. Es existiert ein plurales und breitgestreutes Spektrum an Einrichtungen (150 Familienbildungsstätten), die zu 60% in konfessioneller Trägerschaft (46% katholisch), und die seit 1975 in das Weiterbildungsgesetz einbezogen sind. Sie arbeiten überwiegend sozialräumlich, in den Kommunen.

Im Rahmen der Neustrukturierung der Weiterbildung und der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes 2000 wurde die Förderung ab 1.1.2005 auf sog. Kernbereiche der Weiterbildung beschränkt und ein Wirksamkeitsdialog begonnen, der die Einrichtungen und ihr Angebot auf den Prüfstand stellte. Zu diesem Kernbestand der Weiterbildung gehört die Familienbildung. Die Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in NRW machten sich die Aufforderung des novellierten Weiterbildungsgesetzes für ihr Arbeitsfeld zu eigen, die Qualität der Weiterbildung in NRW, bezogen auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme und im Interesse einer verstärkten Teilnehmerorientierung, weiterzuentwickeln. Dieser Ansatz trifft sich mit den Intentionen der Jugendministerkonferenz, die ebenso zeitgerechte Bildungskonzepte und Entwicklung innovativer Ansätze eingefordert hatte.

Wirksamkeitsdialog und Qualitätsdiskurs: Erträge und Perspektiven

Das Projekt hatte eine Laufzeit von drei Jahren (2001–2004) und schloss sich an das 1998 aufgelegte Projekt „Familienbildung 2010“ an. Dieses hatte sich, begleitet vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, mit der Frage der nachhaltig wirkenden Entwicklungstrends und Bedarfe und den Konsequenzen für die Weiterentwicklung der familienbezogenen Dienste befasst. Es waren auf der Ebene der Inhalte und Angebote, auf der Funktionsebene (im Blick auf die Arbeitsweisen) und der Strukturebene eine Reihe von Ideen und innovativen Projekten entwickelt worden, die Impulse für das neue Projekt gaben. Waren Träger dieses Projektes nur die Landesarbeitsgemeinschaften der katholischen und evangelischen Familienbildungsstätten in NRW, die Arbeitsgemeinschaften der evangelischen Familienbildungsstätten im Rhein-

land und in Westfalen-Lippe gewesen und eine Hand voll Familienbildungsstätten beteiligt, so sind jetzt an dem einrichtungsübergreifenden Dialog alle sieben Trägergruppen beteiligt und damit alle Familienbildungsstätten in NRW angesprochen.

Die Zielsetzungen des „Wirksamkeitsdialogs Familienbildung“ waren:

- einen trägerübergreifenden Kommunikationsprozess über Ziele, Inhalte und Wirksamkeit von Familienbildung zu etablieren,
- die Bildungsziele der Familienbildung inhaltlich zu füllen,
- einen kontinuierlichen, einrichtungs- und trägerübergreifenden Qualitäts- und Innovationsdiskurs zur bedarfsorientierten Weiterentwicklung des Angebots zu etablieren und zu stabilisieren,
- die einrichtungsgezogene Qualitätsentwicklung auszuweiten,
- die Familienpolitik in Fachöffentlichkeit und Politik zu positionieren.

Diese Ziele wurden weitgehend umgesetzt. Das Spektrum der innovativen Aktivitäten umfasste Produkt- und Leistungsinnovationen, Prozessinnovationen und Innovationen zur Steigerung der Potenziale der Einrichtungen.

Es ist gelungen, die Diskursfähigkeit der Einrichtungen nach innen und außen zu steigern. Mit dem Projekt wurde eine tragfähige Dialogstruktur aufgebaut. Eine Internetplattform gewährleistet auch nach dem Abschluss des Projektes den Fach- und Einrichtungdialog. Der öffentliche Teil des Portals „Familienbildung in Nordrhein-Westfalen“ präsentiert die Familienbildung in der Fachöffentlichkeit und der Politik.

Der Austausch über Qualitätsentwicklung wurde gefördert. Auf Fachtagungen der Landesjugendämter wurden Methoden, Instrumente und Schritte der Qualitätsentwicklung transparent gemacht. Es wurden konkrete Anstöße in Richtung eines nachhaltigen einrichtungsinernen Qualitätsmanagements gegeben, wobei beispielhaft Hilfen zur Leitbild- und Konzeptentwicklung sowie zum Controlling zu nennen sind.

Im Fokus des Projektes stand das Programmangebot (die Themen, die Beschreibung der Kursinhalte sowie die pädagogischen Konzepte der Angebotsschwerpunkte), das einer kritischen Prüfung unterzogen wurde. In diesen Bereichen wurden Verbesserungen erzielt: Die Ausschreibungen wurden professionalisiert, die Programmhefte verbraucherfreundlicher gestaltet.

Im weiteren wurde das Kursangebot systematisiert und seine Zielgenauigkeit im Blick auf gesellschaftlich relevante Bedarfslagen und das öffentliche Interesse daran mit eigens entwickelten Instrumenten dokumentiert. Jetzt erst wird nachvollziehbar, was Familienbildung leistet, welche Themen unterrepräsentiert sind und welche Bedarfe z. B. an zielgruppenorientierten Angeboten bestehen.

Das Projekt hat auch durch die beiden „Zukunftsforen Familienbildung I und II“ 2003 und 2005 weit über NRW hinaus Resonanz gefunden. Die zahlreichen Programm-Innovationen stellen Benchmarks dar und sind ein Anreicherungspotenzial, das die gesamte Landschaft der Familienbildung in der Bundesrepublik, ungeachtet der jeweiligen landesspezifischen Ausgestaltung und landesgesetzlichen Regelungen, befruchten kann, zumal es gut dokumentiert ist.¹

Institutionelle Innovationen – das Konzept der Eltern-Kind-Zentren

Eine weitreichende institutionelle Innovation präsentiert das Konzept der Eltern-Kind-Zentren, das *Angelika Diller*, Projektleiterin beim Deutschen Jugendinstitut, vorstellte.

Dieses Konzept reagiert auf die enormen Defizite, die in Deutschland im Blick auf eine familiengerechte soziale Infrastruktur bestehen. Das Modell der Eltern-Kind-Zentren leistet einen wichtigen Beitrag zur Anpassung der sozialen Infrastruktur an die veränderten familialen Bedarfe. Der integrierte Ansatz rückt das Wohl der Kinder ebenso ins Zentrum wie die veränderten Bedürfnisse der Eltern, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch bedarfsgerechte Angebote werden Entwicklungs- und Bildungsprozesse von Kindern gefördert und Eltern und Familien unterstützt, wird der Anspruch von Chancen-, Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit eingelöst.

Dieses Konzept, das auf praktische Erfahrungen in der BRD ebenso wie im Ausland zurückgreift, verbindet in innovativer Weise Angebote der Kindertageseinrichtungen mit Angebotssegmenten der Familienbildung, der Beratung, der Familienförderung und -unterstützung.

Die Forderung nach einer solchen – hochprofessionalisierten – Angebotsstruktur fand sich bereits im Beschluss der Jugendministerkonferenz 2003, der sich für einen integrativen Ansatz aussprach und dabei die Kindertageseinrichtungen als einen geeigneten Kristallisationskern benannte: Sie sind die frühesten institutionellen Partner für

junge Eltern, erreichen auf Grund ihrer flächendeckenden Verbreitung nahezu alle Eltern und stehen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der abnehmenden Kinderzahlen vor der Notwendigkeit einer neuen Aufgabendefinition. In diesem alltagsnahen Setting sind überdies die Hürden für Bildungs- und Beratungsangeboten niedrig. Ein dezentraler sozialraumbezogener Ort für Familienbildung kommt Eltern entgegen und erhöht die Akzeptanz der Angebote.

Diese sowohl gesellschaftspolitisch wie arbeitsfeldspezifisch gut begründete Position wurde von der Bundespolitik aktiv unterstützt und vorangetrieben. Anfang 2004 forderte die damalige Familienministerin Renate Schmidt anlässlich der Vorstellung des Projektes zum qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland eine stärkere Familienorientierung von Angeboten.

Die Kindertageseinrichtungen sollten kinder- und elternfreundlich organisiert werden. Neben Angeboten für Kinder sollten sie auch Angebote der Elternbildung sowie Beratungsangebote unter ihrem Dach vereinen. Vorbildhaft hierfür schienen die Early Excellence Centers in England, die besonders Kinder aus einem sozial schwachen Umfeld erfolgreich fördern. Ein vom BMFSFJ beauftragtes und vom Deutschen Jugendinstituts durchgeführtes Recherche-Projekt sollte Aufschluss über integriert arbeitende Einrichtungen in Deutschland geben. Diese Recherche war die Basis für einen Grundlagenbericht über eine „neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen“.

Eine neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen

Die Ergebnisse des die erhobenen Daten analysierenden Grundlagenberichtes der Eltern-Kind-Zentren vertiefte Angelika Diller:

Darin wurden die Kernmerkmale von Einrichtungen herausgearbeitet, die den Anspruch haben, als Eltern-Kind-Zentren zu arbeiten. Er machte deutlich: Den Prototyp des Eltern-Kind-Zentrums gibt es nicht.

Der Grundlagenbericht systematisiert vielmehr drei Typen von Einrichtungen, die auf Grund eines integrierten Konzeptes gegründet wurden, oder aus Regelkindergärten hervorgegangen sind. In ganz seltenen Fällen waren Familienbildungsstätten oder Mütterzentren der Kristallisationspunkt.

Diese drei abgrenzbaren Einrichtungstypen sind:

- der „Kindergarten plus“,

- das Kooperationsmodell,
- das Zentrumsmodell.

Beim „Kindergarten plus“ ist Ausgangspunkt der Kindergarten, der zusätzliche Angebote für Kinder und Eltern integriert. Hier sind in der Regel Investitionen für An- und Umbauten nötig, um eine angemessene sachliche und räumliche Infrastruktur zu schaffen.

Das Kooperationsmodell bezieht externe Fachkräfte, z. B. aus der Erziehungsberatung ein. An Angebotserstellung, -planung und -koordination sind mehrere Partner beteiligt. Die Angebote selbst finden meist in den Räumen der Kita statt. Gemeinsame Träger erleichtern eine Kooperation.

Das Zentrumsmodell versammelt unter einem Dach verschiedene Dienste und Angebote. Es ist gemeinwesenorientiert. Eine gemeinsame Trägerschaft oder ein Gesamtkonzept ist die Basis der Vernetzung. Instrumente der Koordination können eine gemeinsame Leitung, ein Team oder Bereichskonferenzen sein. Zentren haben einen offenen Charakter, bieten unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten für verschiedene Adressaten eines Sozialraumes.

Für Kinder wurden in den recherchierten Einrichtungen Angebote der Sprachförderung, der Bewegungsförderung, Angebote zur gesunden Ernährung und interkulturelle Angebote gemacht.

Für Eltern und Familien kristallisierten sich diese Angebote heraus: Schaffung von Kontakt-, Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten; Beratungsangebote im breiten Spektrum von alltagspraktischer Beratung bis Beratung in Erziehungsfragen, bei Ehe- und Familienproblemen; Angebote der Elternbildung; Sprachkurs- und Integrationskurse in Quartieren mit hohem Anteil von ausländischen, wenig integrierten Mitbürgern sowie sehr vereinzelt arbeitsmarktorientierte Kurse (Computerkurse, Berufsorientierungskurse und Bewerbungstrainings).

Als sinnvolle Ergänzung und Entwicklungsperspektive für die Zentren erscheint die Verknüpfung mit einer Arbeitsmarktberatung und die Ansiedlung von haushaltsnahen Dienstleistungen.

Das innovative Profil der Eltern-Kind-Zentren liegt also darin, dass bislang getrennte Angebotssegmente miteinander verknüpft und verbunden werden. Und darin liegt auch deren Leistungsfähigkeit. Verbunden werden die Förderung der Elternkompetenz und die Entwicklungsförderung der Kinder. Die Eltern werden in den Alltag der Kitas einbezogen. Die Bildung und Pflege von Erziehungspartnerschaften von Eltern und öffentlichen Einrichtungen und

damit ein Zusammenwirken aller an der Erziehung beteiligten Personen wird möglich, wodurch das „Einmischungsproblem“ gelöst werden kann. Somit sind die Eltern-Kind-Zentren nach Auffassung der Referentin geeignet, wechselseitige Win-Win-Situationen zu schaffen. Und sie erscheinen als ein Element nachhaltiger Strukturpolitik.

Im „Musterland“ der Familienpolitik: Rheinland-Pfalz

Einen Eindruck von den Gestaltungsmöglichkeiten einer konsequent familienunterstützenden Politik gab der Vortrag von *Wolfgang Hötzel*, leitender Ministerialrat im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz wird immer mehr zum „Musterländle“ und einem der „Benchmarks“ für Familienfreundlichkeit und Familienförderung im bundesrepublikanischen föderalen Vergleich.

Seinen Beitrag leitete Hötzel mit einer familienpolitischen Positionsbestimmung ein: Familien brauchen mehr denn je Unterstützung. Jedoch weniger in finanzieller Hinsicht; wichtiger sei vielmehr eine gute soziale Infrastruktur. Im internationalen Vergleich sind in der Bundesrepublik die finanziellen Transfers und Geldleistungen für Familien hoch, denn historisch war Familienpolitik Geldleistungspolitik. Deren Grundannahme und Ausgangspunkt war lange Zeit „Autonomie und Privatheit“ von Familie, sowie der „Mythos von deren Eigenkraft“. Mittlerweile hat sich in der Breite die Einsicht durchgesetzt, dass öffentliche und private Verantwortung neu balanciert werden müssen im Sinne einer Stärkung der öffentlichen Verantwortung.

Dieser Verantwortung, so Hötzel, stellt sich die rheinland-pfälzische Familienpolitik, deren Ziel es ist, einen gesamtgesellschaftlichen Wertewandel zugunsten von Familie herbeizuführen. Der Referent skizzierte die Ansätze und Maßnahmen zur Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Lebensumwelt und zur Unterstützung von Familien. Dazu gehört der Ausbau von Ganzbetreuung in Schulen und das Programm „Zukunftschancen für Kinder – Bildung von Anfang an“, das im Februar 2005 aufgelegt wurde und bundesweit Beachtung fand mit der Beitragsfreistellung für das letzte Kindergartenjahr und der Zusage, künftig Kindern ab 2 Jahren einen Kindergartenbesuch ermöglichen zu wollen.

Eine Art „Konzertierter Aktion“ für Familien wurde im November 2004 mit der Initiative „Viva Familia“ gestartet, die in fünf Arbeitsfeldern die Rahmenbedingungen

für Familien verbessern will: (I) Familienkompetenz stärken; (II) Gesundheit für Kinder und Familien; (III) Arbeit und Ausbildung für junge Menschen; (IV) familienbewusste Arbeitsfelder; (V) Hilfen für Familien in Notlagen.

Ein Schwerpunkt der Initiative „Viva Familia“ liegt auf der Stärkung von Eltern- und Familienkompetenz und hier besonders bei der Zielgruppe der jungen Familien und bei der frühzeitigen Platzierung von Angeboten. Hier beschreitet das Land innovative Wege mit der Einbeziehung von Hebammen zur Begleitung von Familien in der Gründungsphase, durch Erarbeitung und das Angebot eines Eltern-Kurses zur Vermittlung von Basiskompetenzen für die Erziehung in den ersten Jahren, durch eine Intensivierung der Präventionsarbeit von Beratungsstellen, durch mediale Angebote wie Elternbriefe, Familienratgeber, ein Internetangebot und Informationsportal.

Weiterhin fördert das Land die „Lokalen Bündnisse für Familien“ durch zweieinhalb neu eingerichtete Personalstellen. An drei Modellstandorten wird das Konzept „Häuser für Familien“ erprobt.

„Raus aus der Nische“ – Familienbildung bedarfsgerecht und vernetzt

Hötzel reflektierte entsprechend dem Tagungsthema in seinen Ausführungen besonders die Situation der Familienbildung. Er problematisierte deren Leistungsfähigkeit, die strukturelle Situierung und die öffentliche Wahrnehmung. Die Hoffnungen, die sich mit der Novellierung 1991 im Kinder- und Jugendhilfegesetz, einem „modernem Gesetzeswerk“, Anfang der 90er Jahre verbanden, als Familienbildung in den Leistungskatalog aufgenommen wurde, haben sich nicht erfüllt. Die fachpolitische und die strukturelle Verankerung der Familienbildung in der Jugendhilfe sei unterentwickelt, was sich auch an dem marginalen Anteil der KJHG-Mittel, die in die Familienbildung fließen, zeige. Hier bestehe nach wie vor Handlungsbedarf.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern in Rechnung stellend – so ist die Lage in NRW deutlich anders – beschrieb der Referent Familienbildung als ein Handlungsfeld von hoher Kreativität und Vielfalt, aber mit organisationspolitischen Defiziten. Sie sei gewissermaßen ein „vagabundierender Bereich“ und leide unter strukturellen Schwächen und unklaren Finanzierungs- und Verantwortungsregelungen.

Die Aufforderung, „Raus aus der Nische“, verband Hötzel mit der bekannten Kritik an der Mittelschichtorientie-

rung und mangelnder Bedarfsgerechtigkeit von Angeboten.

Familienbildung ist auf Grund der Vielfalt der Familienaufgaben eine Querschnittsaufgabe, betonte Hötzel, an der unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Professionen und Einrichtungen mitwirken. Der Referent plädierte für mehr fachübergreifende Kooperation und Vernetzung der vielfältigen Partner. Er sah in den Familienbildungsstätten die geeigneten Organisatoren für Vernetzungsprozesse. An drei Modellstandorten in Rheinland-Pfalz wird ein neues Konzept mit Unterstützung des Landes erprobt. Denn die Erfüllung dieser neuen Aufgabe sei bei dem derzeitigen Aufgabenprofil der Familienbildungsstätten nicht zum Nulltarif zu haben. So unterstützt das Land die regionale und thematische Weiterentwicklung der Einrichtungen und forciert die Entwicklung eines Verbundsystems aller relevanten Stellen und Angebote.

Exemplarische Praxis – die EEB auf dem richtigen Wege

Drei Beispiele aus dem Bereich der Evangelischen Erwachsenenbildung zeigten, wie dieses Arbeitsfeld neue Herausforderungen aufnimmt, sich für neue Kooperationen öffnet, neue Arbeitsformen erprobt, bedarfsorientierte Angebote platziert.

Doris Sandbrink stellte das Kooperationsprojekt „Weiterbildung geht zur Schule“ vor. Die Partnerschaft zwischen Schule und Weiterbildung, an der sich das Evangelische Erwachsenenbildungswerk Nordrhein beteiligte, hatte zum Ziel, Weiterbildungsangebote als pädagogische Dienstleistung für Schulen zu planen und durchzuführen. Dabei war die Evangelische Erwachsenenbildung mit ihren Angeboten zur sozialen und Erziehungskompetenz gut vertreten, die sich an Eltern, LehrerInnen, Betreuungskräfte und SchülerInnen richteten.²

Jutta Müller-Koelbl, Mitarbeiterin des Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Bremen, stellte das Projekt zur Förderung der Elternkompetenz³ vor, bei dem Evangelisches und Katholisches Bildungswerk Bremen, der Landesverband der evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder und eine Hebammenpraxis beteiligt waren, und verortete es in der Familienbildungslandschaft des Stadtstaates. Diese, so die Referentin, ist in Bewegung: Bremen bemüht sich im Rahmen bundesweit beachteter Modellprojekte, wie z. B. dem Auf- und Ausbau dezentraler sozialraumbezogener Orte für Familienbildung, nachdrücklich um eine Weiterentwicklung dieses Arbeitsfeldes.

Jens-Uwe Bratkus-Fünderich, Pfarrer in der Kirchengemeinde Repelen in Moers, berichtete von seinen Erfahrungen als Initiator eines örtlichen und bei der Kirchengemeinde verankerten Lokalen Bündnisses für Familie.

Auswertung und abschließende Überlegungen

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stand die Frage, wie sich die Bildungseinrichtungen, Familienbildungsstätten und Bildungswerke diesen Entwicklungen gegenüber positionieren.

Im einzelnen wurde über folgende Fragen diskutiert: Wie ist die Leitfunktion und Durchsetzungsperspektive der neuen Konzepte einzuschätzen? Welche Veränderungen könnten sie in der Praxis bringen? Wird es neue Schwerpunktsetzungen geben und welche sind das? Wie steht es um die Anschlussfähigkeit zur gegenwärtigen Arbeitsweise? Welche Kooperations- und Vernetzungsimperative ergeben sich? Welches könnten die Konsequenzen für die Finanzierung der Arbeit sein? Inwieweit werden sich kirchliche Träger und Gemeinden offensiv und mit Gestaltungswillen in diese Prozesse einbringen?

Die Kirchen, ihre Verbände und die Träger der Einrichtungen müssen hier Konzepte erarbeiten und sich darauf verständigen, wie sie diese Entwicklungen mitgestalten wollen.

Diese Fragen werden die DEAE und ihre Gremien weiter beschäftigen.

Es ist aber auch deutlich geworden – das zeigt sowohl das Innovationsprojekt (2001–2004) aus Nordrhein-Westfalen als auch der familienpolitische Roll-out des Landes Rheinland-Pfalz, wie wichtig und unterstützend gerade in einem unterstrukturierten Feld wie der Familienbildung politische Steuerung und Vorgaben sind, um dem Engagement und der Kreativität des Arbeitsfeldes einen Rahmen für produktive Weiterentwicklung zu geben.

Anmerkungen

¹ Zukunft der Familienbildung. Dokumentation eines Innovationsprojektes. Innovation in der Familienbildung. Projekt zur Qualitätsentwicklung als Beitrag der Familienbildungsstätten in Nordrhein-Westfalen zum einrichtungsübergreifenden Wirksamkeitsdialog 2001–2004. Hrsg. vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf Dezember 2004 (www.mgsff.nrw.de)

² Dazu der Beitrag von Doris Sandbrink in Heft 3/05 des ForumErwachsenenbildung

³ Vorstellt in Forum Erwachsenenbildung Heft 1/05